



Amtsblatt des Saarlandes

Herausgegeben vom Chef der Staatskanzlei

1995	Ausgegeben zu Saarbrücken, 11. Mai 1995	Nr. 20
------	---	--------

Inhalt

I. Amtliche Texte	Seite
Verordnung über die Zuständigkeit im Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten. Vom 28. März 1995	458
Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gebührensätze für Hebammen und Entbindungspfleger bei Privatentbindungen. Vom 5. April 1995	458
Verordnung über den geschützten Landschaftsbestandteil (GLB) GLB 4 03 03 „Unten in der Lechbach“ in der Stadt Ottweiler, Gemarkung Mainzweiler. Vom 10. April 1995	459
Verordnung über den geschützten Landschaftsbestandteil (GLB) GLB 4 03 04 „Hinterm Stennweiler Wald“ in der Stadt Ottweiler, Gemarkung Mainzweiler. Vom 10. April 1995	462
II. Beschlüsse und Bekanntmachungen	
Bekanntmachung betreffend die Erteilung des Exequaturs an die Leiterin der berufskonsularischen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika in Frankfurt/Main, Frau Janet S. Andres. Vom 25. April 1995	465
Bekanntmachung betreffend die Erteilung des Exequaturs an den Leiter der honorarkonsularischen Vertretung der Republik Südafrika in Stuttgart, Herrn Jürgen E. Schrempp. Vom 25. April 1995	465
III. Amtliche Bekanntmachungen	
Zwangsversteigerungen, Konkursverfahren, Beschlüsse, Vereins- und Güterrechtsregister-Eintragungen, Aufgebote zur Ausschließung von Eigentümern und Hypothekenbriefen, Bekanntmachungen von Konkursverwaltern, Liquidationen, Verlust- und Kraftloserklärungen von Sparbüchern, Bilanzen, Öffentliche Bau- und Stellenausschreibungen	465 bis 476
Polizeiverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus Anlaß der „Merchweiler Schlemmertage“ in der Gemeinde Merchweiler, Ortsteil Merchweiler, am Sonntag, dem 28. Mai 1995. Vom 3. April 1995 ..	473
Bekanntmachung einer Änderung in der Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Hafenbetriebe Saarland GmbH, 66740 Saarlouis	473

97 **Verordnung**
über den geschützten Landschaftsbestandteil (GLB)
GLB 4 03 03 „Unten in der Lechbach“ in der Stadt
Ottweiler, Gemarkung Mainzweiler

Vom 10. April 1995

Aufgrund des § 19 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über den Schutz der Natur und die Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz — SNG) in der Fassung vom 19. März 1993 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 346) wird mit Zustimmung des Ministeriums für Umwelt, Energie und Verkehr — Oberste Naturschutzbehörde — durch den Landrat in Neunkirchen — Untere Naturschutzbehörde — verordnet:

§ 1

Erklärung zum Schutzgegenstand

Die in § 2 näher bezeichnete Fläche wird zum geschützten Landschaftsbestandteil erklärt. Er trägt die Bezeichnung „Unten in der Lechbach“.

§ 2

Schutzgegenstand

(1) Der GLB liegt auf dem Gebiet der Stadt Ottweiler, Gemarkung Mainzweiler, Flur 5. Der GLB beinhaltet die Parzellen 198/113, 197/111, 196/110, 109, 108, 112, 130/107, 129/107, 128/107, 122/107, 127/106 und 126/106 sowie die Parzellen 158/105, 157/105, 104 und 103 bis zu ihrer Nutzungsartgrenze.

Der GLB ist in der als Anlage 2 zu dieser Verordnung beigefügten Flurkarte M 1 : 1.196 mit schwarzer Randsignatur dargestellt und hat eine Fläche von ca. 1 ha. Außerdem ist der GLB in einer Übersichtskarte M 1 : 25.000 (Anlage 2) eingezeichnet.

(2) Der GLB wird durch Aufstellen bzw. Anbringen des amtlichen Schildes „Geschützter Landschaftsbestandteil“ an Ort und Stelle gekennzeichnet.

(3) Die Verordnung mit der Karte wird beim Landrat in Neunkirchen — Untere Naturschutzbehörde — und dem Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr — Oberste Naturschutzbehörde — verwahrt und kann während der Dienststunden bei den genannten Behörden von jedermann eingesehen werden.

§ 3

Schutzzweck

Schutzzweck ist die Sicherung, Erhaltung und Entwicklung eines Großseggenriedes mit einem kleinen Tümpel. Neben der Bedeutung als Lebensraum für seltene Pflanzen- und Tierarten sowie seltene Lebensgemeinschaften kommt dem GLB eine hohe Bedeutung hinsichtlich des Wasserhaushaltes zu.

Aufgrund der unmittelbarer Nähe zu einer Kiesgrube und landwirtschaftlich genutzten Flächen trägt er auch zur Gliederung des Landschaftsbildes bei.

§ 4

Verbote

(1) Es ist verboten, an dem geschützten Landschaftsbestandteil Maßnahmen oder Handlungen durchzuführen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung, Veränderung oder nachhaltigen Störung desselben führen können.

(2) Im Bereich des geschützten Landschaftsbestandteiles ist insbesondere verboten:

1. Bauliche Anlagen zu errichten, auch solche, die keiner Baugenehmigung oder Bauanzeige bedürfen;
2. Straßen, Wege oder Leitungen zu bauen sowie Anlagen dieser Art zu verändern;
3. Das Betreten außerhalb der Wege, einschließlich Reiten und Befahren sowie das Laufenlassen von Hunden;
4. Bodenbestandteile abzubauen, Sprengungen oder Grabungen vorzunehmen, Schutt oder Bodenbestandteile einzubringen, den Boden zu verdichten, oder die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern oder zu beschädigen;
5. Änderungen an Wegrändern vorzunehmen, es sei denn, sie werden von der Unteren Naturschutzbehörde angeordnet oder zugelassen;
6. Das Ein- oder Ableiten von Oberflächen- oder Grundwasser einschließlich Drainage;
7. Zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lagern, Feuer anzumachen, Wagen und Krafträder zu parken, Abfälle wegzuerwerfen;
8. Die Verwendung von Düngemitteln, Herbiziden, Insektiziden, Fungiziden oder anderen chemischen Mitteln sowie das Einbringen von Klärschlamm;
9. Brach- und Grünlandflächen umzubrechen;
10. wildwachsende Pflanzen zu entfernen oder anderweitig zu schädigen;
11. Nicht jagdbaren wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut- und Wohnstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen;
12. Pflanzen oder vermehrungsfähige Pflanzenteile einzubringen sowie Tiere auszusetzen;
13. Aufforstungen oder Anpflanzungen vorzunehmen;
14. Das Ver- oder Abbrennen von Gehölzen und anderen Pflanzenbeständen.

§ 5

Anzeigepflicht

(1) Änderungen der Eigentums- Besitz- oder Nutzungsverhältnisse, sowie Änderungen der Parzellen, auf denen der geschützte Landschaftsbestandteil liegt, als auch der Nachbarparzellen, sind der Unteren Naturschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen.

§ 6**Zulässige Handlungen**

- (1) Zulässige Handlungen sind unter Beachtung der in § 4 genannten Einschränkungen
1. die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung im bisherigen Umfang, die Verbote des § 4 Abs. 2 Ziffer 2, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 11, 12, 13 und 14 bleiben bestehen;
 2. von der Unteren Naturschutzbehörde oder der von ihr beauftragten Stelle angeordnete Schutz- und Pflegemaßnahmen;
 3. behördlich angeordnete oder zugelassene Beschilderungen.
- (2) § 4 Abs. 2 gilt nicht:
1. für die sonstige bisher rechtmäßig ausgeübte Nutzung der Grundstücke, Gewässer, Wege und der rechtmäßig bestehenden Einrichtungen;
 2. für Arbeiten zur Unterhaltung und Instandsetzung rechtmäßig bestehender Einrichtungen und baulichen Anlagen in der Zeit vom 01. Oktober bis 15. Februar. Bei Gefahr im Verzuge gilt diese Fristbeschränkung nicht.
 3. für Arbeiten zur Unterhaltung und Instandsetzung des Gewässers in der Zeit vom 16. Januar bis 15. Februar und vom 01. Oktober bis 15. Oktober. Bei Gefahr im Verzuge gilt diese Fristbeschränkung nicht.

§ 7**Befreiung**

- (1) Von den Vorschriften dieser Verordnung kann nach § 34 Abs. 2 SNG Befreiung erteilt werden.

§ 8**Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 38 Abs. 1 Nr. 9 SNG handelt, wer auf der Fläche des geschützten Landschaftsbestandteiles vorsätzlich oder fahrlässig eine der in § 4 dieser Verordnung verbotenen Handlungen vornimmt, es sei denn, es handelt sich um eine zulässige Handlung nach § 6 oder es ist eine Befreiung nach § 7 erteilt.

§ 9**Beseitigung von Beeinträchtigungen**

- (1) Bei Inkrafttreten dieser Verordnung vorhandene Beeinträchtigungen sind auf Anforderung der Unteren Naturschutzbehörde zu beseitigen, sofern diese Beseitigung zumutbar ist.

§ 10**Inkrafttreten**

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

Ottweiler, den 10. April 1995

Der Landrat
— Untere Naturschutzbehörde —

Dr. Hinsberger

98 **Verordnung**
über den geschützten Landschaftsbestandteil (GLB)
GLB 4 03 04 „Hinterm Stennweiler Wald“ in der Stadt
Ottweiler, Gemarkung Mainzweiler

Vom 10. April 1995

Aufgrund des § 19 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über den Schutz der Natur und die Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz — SNG) in der Fassung vom 19. März 1993 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 346) wird mit Zustimmung des Ministeriums für Umwelt, Energie und Verkehr — Oberste Naturschutzbehörde — durch den Landrat in Neunkirchen — Untere Naturschutzbehörde — verordnet:

§ 1

Erklärung zum Schutzgegenstand

Die in § 2 näher bezeichnete Fläche wird zum geschützten Landschaftsbestandteil erklärt. Er trägt die Bezeichnung „Hinterm Stennweiler Wald“.

§ 2

Schutzgegenstand

(1) Der GLB liegt auf dem Gebiet der Stadt Ottweiler, Gemarkung Mainzweiler, Flur 10. Der GLB besteht aus der Parzelle 551/223. Die südliche Grenze des GLB wird von der restaurierten Römerstraße gebildet.

Der GLB ist in der als Anlage 2 zu dieser Verordnung beigefügten Flurkarte M 1 : 1.000 mit schwarzer Randsignatur dargestellt und hat eine Fläche von ca. 0,45 ha. Außerdem ist der GLB in einer Übersichtskarte M 1 : 25.000 (Anlage 2) eingezeichnet.

(2) Der GLB wird durch Aufstellen bzw. Anbringen des amtlichen Schildes „Geschützter Landschaftsbestandteil“ an Ort und Stelle gekennzeichnet.

(3) Die Verordnung mit der Karte wird beim Landrat in Neunkirchen — Untere Naturschutzbehörde — und dem Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr — Oberste Naturschutzbehörde — verwahrt und kann während der Dienststunden bei den genannten Behörden von jedermann eingesehen werden.

§ 3

Schutzzweck

Schutzzweck ist die Sicherung, Erhaltung und Pflege einer ehemaligen Sandgrube mit Besenheide sowie ihrer Umgebung. Neben einem landschaftsgliedernden Aspekt in einem ansonsten landwirtschaftlich genutzten Bereich kommt dem GLB eine hohe Bedeutung als Lebensraum seltener und gefährdeter Pflanzen- und Tierarten zu.

§ 4

Verbote

(1) Es ist verboten, an dem geschützten Landschaftsbestandteil Maßnahmen oder Handlungen durchzuführen, die

zu einer Zerstörung, Beschädigung, Veränderung oder nachhaltigen Störung desselben führen können.

(2) Im Bereich des geschützten Landschaftsbestandteiles ist insbesondere verboten:

1. Bauliche Anlagen zu errichten, auch solche, die keiner Baugenehmigung oder Bauanzeige bedürfen;
2. Straßen, Wege oder Leitungen zu bauen sowie Anlagen dieser Art zu verändern;
3. Das Betreten außerhalb der Wege, einschließlich Reiten und Befahren sowie das Laufenlassen von Hunden;
4. Bodenbestandteile abzubauen, Sprengungen oder Grabungen vorzunehmen, Schutt oder Bodenbestandteile einzubringen, den Boden zu verdichten, oder die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern oder zu beschädigen;
5. Änderungen an Wegrändern vorzunehmen, es sei denn, sie werden von der Unteren Naturschutzbehörde angeordnet oder zugelassen;
6. Das Ein- oder Ableiten von Oberflächen- oder Grundwasser einschließlich Drainage;
7. Zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lagern, Feuer anzumachen, Wagen und Krafträder zu parken, Abfälle wegzuerwerfen;
8. Die Verwendung von Düngemitteln, Herbiziden, Insektiziden, Fungiziden oder anderen chemischen Mitteln sowie das Einbringen von Klärschlamm;
9. Brach- und Grünlandflächen umzubrechen;
10. wildwachsende Pflanzen zu entfernen oder anderweitig zu schädigen;
11. Nicht jagdbaren wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester oder sonstige Brut- und Wohnstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen;
12. Pflanzen oder vermehrungsfähige Pflanzenteile einzubringen sowie Tiere auszusetzen;
13. Aufforstungen oder Anpflanzungen vorzunehmen;
14. Das Ver- oder Abbrennen von Gehölzen und anderen Pflanzenbeständen.

§ 5

Anzeigepflicht

(1) Änderungen der Eigentums-, Besitz- oder Nutzungsverhältnisse, sowie Änderungen der Parzellen, auf denen der geschützte Landschaftsbestandteil liegt, als auch der Nachbarparzellen, sind der Unteren Naturschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen.

§ 6

Zulässige Handlungen

(1) Zulässige Handlungen sind unter Beachtung der in § 4 genannten Einschränkungen

1. die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung im bisherigen Umfang, die Verbote des § 4 Abs. 2 Ziffer 2, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 11, 12, 13 und 14 bleiben bestehen;
2. von der Unteren Naturschutzbehörde oder der von ihr beauftragten Stelle angeordnete Schutz- und Pflegemaßnahmen;
3. behördlich angeordnete oder zugelassene Beschilderungen.

(2) § 4 Abs. 2 gilt nicht:

1. für die sonstige bisher rechtmäßig ausgeübte Nutzung der Grundstücke, Gewässer, Wege und der rechtmäßig bestehenden Einrichtungen in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang sowie deren Unterhaltung und Instandsetzung soweit dies dem Schutzzweck nicht zuwiderläuft; erforderliche Arbeiten sind nicht in der Zeit vom 15. Februar bis 30. September durchzuführen.

§ 7

Befreiung

- (1) Von den Vorschriften dieser Verordnung kann nach § 34 Abs. 2 SNG Befreiung erteilt werden.

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 38 Abs. 1 Nr. 9 SNG handelt, wer auf der Fläche des geschützten Landschaftsbestandteiles vorsätzlich oder fahrlässig eine der in § 4 dieser Verordnung verbotenen Handlungen vornimmt, es sei denn, es handelt sich um eine zulässige Handlung nach § 6 oder es ist eine Befreiung nach § 7 erteilt.

§ 9

Beseitigung von Beeinträchtigungen

- (1) Bei Inkrafttreten dieser Verordnung vorhandene Beeinträchtigungen sind auf Anforderung der Unteren Naturschutzbehörde zu beseitigen, sofern diese Beseitigung zumutbar ist.

§ 10

Inkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Amtsblatt des Saarlandes in Kraft.

Ottweiler, den 10. April 1995

Der Landrat

— Untere Naturschutzbehörde —

Dr. Hinsberger

